

Ein Zeichen an die Steuerzahler/-innen

Voranschlag 2012 Staatssteuer sinkt von 104 auf 100 Prozent – aber nur für natürliche Personen

VON CHRISTIAN VON ARX

Der Kanton senkt im Jahr 2012 den Staatssteuerbezug für die natürlichen Personen um 4 Prozentpunkte auf neu 100 Prozent; für die juristischen Personen bleibt es aber bei 104 Prozent wie bisher: Dieses Ergebnis ging gestern im Kantonsrat aus drei Abstimmungen zum Budget für 2012 hervor. Das Defizit im Budget erhöhte sich dadurch von 88,2 Mio. (so der Antrag der Finanzkommission) auf 110,574 Mio. Franken.

Der SVP gingen sowohl die Steuer-senkung als auch die Ausgabenkürzungen zu wenig weit, sie lehnte das Budget ab. Der Voranschlag wurde aber mit 65:20 Stimmen genehmigt.

Keine Wirkung, aber hoher Preis

Die Finanzkommission (Fiko) beantragte die Beibehaltung des bisherigen Steuerfusses von 104 Prozent. Angesichts eines Defizits von 88 Mio. Franken und der schlechten Aussichten im Finanzplan sei es unvernünftig, noch grössere Löcher aufzureissen, meinte Kommissionspräsidentin Susanne Schaffner (SP, Olten). Eine Senkung um 4 Prozentpunkte habe keine Wirkung für die Einzelnen, zwingt aber den Kanton zu schmerzlichen Sparmassnahmen. Das würden speziell die Gemeinden zu spüren bekommen.

Die Fraktion CVP/EVP/glp schlug eine Steuersenkung für die natürlichen Personen um 10 Prozentpunkte, von 104 auf 94 Prozent, für ein Jahr vor. «Wir möchten den Steuerzahlern für 2012 etwas von dem zurückgeben, was zu viel verlangt worden ist», begründete Roland Fürst (CVP, Gunzgen) den Antrag. So werde auch der Privatkonsum angeregt.

Für die SVP-Sprecherin Colette Adam (Derendingen) war der CVP-Antrag nur «ein Schrittlchen in die richtige Richtung – lieber hätten wir eine Senkung um 15 Prozent». Sie forderte ein finanzpolitisches Signal, dass der

«Bei realistischeren Budgets wäre eine Steuersenkung schon längst aufs Tapet gekommen.»

Beat Loosli (FDP, Starrkirch-Wil)

Kanton sparen wolle; ein steuerpolitisches Signal, dass er sich langfristig besser positionieren wolle; und ein wirtschaftspolitisches Signal, dass er seine Schwächen nicht einfach mit einem Achselzucken hinnehme.

Wer profitiert denn davon?

Ganz anders tönte es von der Ratslinken. Für Simon Bürki (SP, Biberist) sprach die «dramatisch verschlechterte» Ausgangslage (Konjunkturprognose, Arbeitslosenzahlen, Schrumpfung der Industrie) klar gegen eine Steuersenkung. Nach Bürkis Meinung würde zudem der Mittelstand, der im Kanton Solothurn überdurchschnittlich besteuert werde, einmal mehr zu den Verlierern einer Steuersenkung gehören.

Auch Marguerite Misteli (Grüne, Solothurn) war der Meinung, dass «die Falschen profitieren», nämlich «die oberen 20 Prozent». Der grösste Teil der Bevölkerung würde durch Leistungsabbau beim Staat weit mehr verlieren als durch die Senkung der Steuern gewinnen. «Ver-



Er wollte 94% für natürliche und 104% für juristische Personen: Roland Fürst (CVP, Gunzgen) HS

scherbeln wir nicht mutwillig das Tafelsilber», rief Misteli aus und kündigte an, die Grünen würden sich merken, wer da verantwortungslos für eine Steuersenkung stimme.

Von Hochsteuerpolitik wegkommen

Für FDP-Sprecher Beat Loosli (Starrkirch-Wil) haben die sehr guten Rechnungsergebnisse der letzten Jahre dazu geführt, dass die Zügel bei den Ausgaben gelockert wurden. «Bei realistischeren Budgets wäre eine Steuersenkung schon längst aufs Tapet gekommen», glaubte Loosli. Ein «Einmal-Steuererlass» à la CVP bringe aber langfristig keinen Vorteil. Eine dauerhafte Senkung um 4 Prozent für natürliche und juristische Personen setze dagegen ein «Zeichen, dass wir langfristig von der Hochsteuerpolitik wegkommen wollen».

Spitalneubau und Soziales im Visier

Als Einzelsprecher setzten sich Albert Studer (SVP, Hägendorf), Heinz Müller (SVP, Grenchen), und Markus Grütter (FDP, Biberist) für eine Steuersenkung ein. Müller deutete an, dass die SVP-Fraktion dem Spitalneubau in Solothurn kritisch gegenüberstehe: «Ich sehe dort sehr viel Sparpotenzial.» Grütter hielt fest, in den letzten zehn Jahren habe der Kanton



Er wollte 100% für natürliche und 100% für juristische Personen: Beat Loosli (FDP, Starrkirch-Wil) ZVG



Ihm gelang es, die Steuersenkung auf das Minimum zu begrenzen: Finanzdirektor Christian Wanner HS

im Durchschnitt 10 Prozent zu viel Steuern erhoben, was in der Verfassung nicht vorgesehen sei. Auch er ortete Sparpotenzial: «Kein Land hat die Sozialausgaben so stark erhöht wie die Schweiz.»

Daniel Urech (Grüne, Dornach), Susan von Sury (CVP, Solothurn) und Kuno Tschumi (FDP, Derendingen) votierten gegen eine Steuersenkung.



Sie wollte 104% für natürliche und 104% für juristische Personen: Susanne Schaffner (SP, Olten) HS

Urech argumentierte, die Staatsausgaben seien demokratisch festgelegt; danach hätten sich die Einnahmen zu richten. Den Spieß umzudrehen und die Einnahmen zu verknappen, um so die Erfüllung der Aufgaben zu verhindern, sei undemokratisch. Von Sury erinnerten die Steuersenkungsanträge an einen orientalischen Basar, bei dem es nicht mehr auf die Qualität des Produkts ankomme.

Gemeinden fürchten ums Manna

Einwohnergemeindeverbandspräsident Tschumi hielt fest, der Kanton habe die Gemeinden mit viermal jährlich 15 Mio. Franken zusätzlich für den Finanzausgleich sowie jährlich 13,5 Mio. für die Pflegefinanzierung unterstützt. Solche Unterstützungen würden künftig infrage gestellt, wenn der Kanton seine Steuern senke.

Hier hakte auch Finanzdirektor Christian Wanner ein: Solche Beiträge an die Gemeinden seien der Hauptanteil, wo der Kanton seine Kosten beeinflussen könne. Ansonsten bleibe noch die Bildung zum Sparen. «Ich hätte keine Mühe, Einsparungen von 90 Mio. Franken vorzuschlagen», sagte Wanner. «Aber es wird im Kantonsrat keine Mehrheit dafür geben.»

STEUERFUSS-ABSTIMMUNGEN ROLAND HEIM ÜBERLISTETE DIE FDP

Mit der Begründung, dass der Antrag CVP (10 Prozent Senkung) nur die natürlichen Personen betreffe, der Antrag FDP (4 Prozent Senkung) aber sowohl natürliche wie juristische Personen, schlug CVP/EVP/glp-Fraktionspräsident **Roland Heim (CVP, Solothurn)** unmittelbar vor der Ausmarchung vor, zuerst nur über den Steuerfuss für natürliche Personen abzustimmen und danach separat über denjenigen für die juristischen Personen. Da sich **Ratspräsident Claude Belart** diesem folgenreichen Ansinnen widerspruchslos fügte, wurden Lösungen möglich, die gar nicht beantragt waren: Einerseits eine Senkung um 10 Prozent für natürliche und juristische Personen, andererseits eine Senkung um 4 Prozent nur für natürliche

oder nur für juristische Personen. Umgekehrt wurde über den vollständigen FDP-Antrag gar nie abgestimmt. In zwei Abstimmungen mehrte der Kantonsrat zuerst den **Steuerfuss 2012 nur für die natürlichen Personen** aus. Zunächst sorgten SP, Grüne und FDP-Mehrheit mit einer CVP-Minderheit unter Namensaufruf (siehe Spalte rechts) dafür, dass der amputierte FDP-Antrag (100 Prozent) mit 54:42 Stimmen gegen den CVP-Antrag (94 Prozent) obsiegt. Danach liessen SVP, FDP-Mehrheit und CVP-Mehrheit den halben FDP-Antrag (100 Prozent) mit 50:44 Stimmen gegen den bisherigen Steuerfuss von 104 Prozent obsiegen. Die dritte Abstimmung betraf nur den **Steuerfuss für die juristischen Personen**. Diesmal sorgten SP und Grüne

im Verein mit CVP-Mehrheit und einer FDP-Minderheit dafür, dass die Unternehmen weiterhin 104 Prozent Steuern zahlen müssen; dieser Entscheid fiel mit 53:39 Stimmen. Ohne einen Antrag zu stellen, nur mit einer kurzen Bemerkung zum Vorgehen, hatte damit der schlaue CVP-Fraktionschef Roland Heim dem Kanton rund **6 Mio. Franken Steuereinnahmen** gesichert (oder umgekehrt: den Solothurner Unternehmen entzogen). Der Beschluss dürfte zwar möglicherweise dem Willen einer Mehrheit des Parlaments entsprechen; demokratisch fragwürdig bleibt allerdings, dass der Kantonsrat etwas beschlossen hat, was an der Sitzung von keiner Seite und zu keinem Zeitpunkt beantragt worden war.

Die beschlossene Steuersenkung um 4 Prozentpunkte bei den natürlichen Personen bringt dem Kanton Minder-einnahmen von rund 25 Mio. Franken. Im definitiven Budgetbeschluss ist das **Defizit deshalb auf 110,6 Mio. Franken** gestiegen. In der Schlussabstimmung genehmigte der Rat das Budget 2012 mit 65:20 Stimmen. Die SVP-Fraktion und Vereinzelte lehnten es ab. Der SVP gingen sowohl die Steuersenkung als auch die Einsparungen zu wenig weit: «Der Elefant hat eine Maus geboren», begründete Fraktionspräsident **Herbert Wüthrich (SVP, Gerlafingen)**. Er vermisste Sparanstrengungen vonseiten der Regierung und kündigte Unbill für das Neubauprojekt beim Bürgerspital Solothurn an: «Dieses Spital ist noch nicht gebaut.»

So stimmten sie

Die **Eventualabstimmung**, ob der Steuerfuss für natürliche Personen von 104 auf 94 oder auf 100 Prozent gesenkt werden solle, fand unter Namensaufruf statt.

Für den Steuerfuss 100 Prozent (Antrag FDP) stimmte eine Mehrheit aus folgenden 54 Ratsmitgliedern: **CVP (7)**: Hans Abt (Dornach), Susanne Koch Hauser (Erschwil), Michael Ochsenbein (Luterbach), Bernadette Rickenbacher (Starrkirch-Wil), Andreas Riss (Metzerlen), Barbara Streit (Solothurn), Susan von Sury (Solothurn).

FDP (20): Remo Ankli (Beinwil), Claude Belart (Rickenbach), Hubert Bläsi (Grenchen), Peter Brügger (Langendorf), Hans Büttiker (Dornach), Karin Büttler (Laupersdorf), Yves Derendinger (Solothurn), Verena Enzler (Lostorf), Rosmarie Heinger (Gänsbrunnen), Beat Käch (Solothurn), Beat Loosli (Starrkirch-Wil), Christina Meier (Walterswil), Verena Meyer (Mühledorf), Andreas Schibli (Olten), Annekäthi Schluop (Schnottwil), Heiner Studer (Nunningen), Christian Thalmann (Breitenbach), Kuno Tschumi (Derendingen), Beat Wildi (Wangen), Ernst Zingg (Olten).

SP (20): Christine Bigolin Ziörjen (Aetigkofen), Evelyn Borer (Dornach), Ulrich Bucher (Zuchwil), Fräzi Burkhalter (Biberist), Simon Bürki (Biberist), Heinz Glauser (Olten), Ruedi Heutschi (SP, Hägendorf), Urs Huber (SP, Obergögen), Trudy Küttel Zimmerli (Olten), Franziska Roth (Solothurn), Anna Rüefli (Solothurn), Peter Schafer (Olten), Susanne Schaffner (Olten), Markus Schneider (SP), Walter Schürch (SP, Grenchen), Roger Spichiger (Derendingen), Hans-Jörg Staub (SP, Dornach), Jean-Pierre Summ (Bettlach), Urs von Lerber (Luterbach), Clivia Wullimann (Grenchen).

Grüne (6): Doris Häfliger (Zuchwil), Felix Lang (Lostorf), Marguerite Misteli Schmid (Solothurn), Daniel Urech (Dornach), Felix Wettstein (Olten), Barbara Wyss Flück (Solothurn).

EVP (1): René Steiner (Olten).

Für den **Steuerfuss 94 Prozent** (Antrag CVP/EVP/glp) stimmte eine Mehrheit aus 42 Ratsmitgliedern:

CVP (18): Urs Allemann (Solothurn), Kurt Bloch (Mümliswil), Peter Brotschi (Grenchen), Theophil Frey (Dulliken), Roland Fürst (Gunzgen), Willy Hafner (Balsthal), Roland Heim (Solothurn), Konrad Imbach (Biberist), Fabio Jeger (Meltingen), Sandra Kolly (Neuendorf), Edgar Kupper (Laupersdorf), Daniel Mackuth (Trimbach), Silvia Meister (Matzendorf), Thomas A. Müller (Lostorf), Georg Nussbaumer (Hauenstein), Annelies Peduzzi (Deitingen), Martin Rötheli (Oensingen), Rolf Späti (Heinrichswil-Winistorf).

FDP (5): Philippe Arnet (Biberist), Reinhold Dörfli (Egerkingen), Markus Grütter (Biberist), Alexander Kohli (Biberist), Marianne Meister (Messen).

SVP (17): Colette Adam (Derendingen), Beat Ehrsam (Dornach), Walter Gurtner (Däniken), Christian Imark (Fehren), Roman Stefan Jäggi (Fulenbach), Manfred Küng (Kriegstetten), Fritz Lehmann (Bellach), Hans-Rudolf Lutz (Lostorf), Samuel Marti (Hessigkofen), Heinz Müller (Grenchen), Bruno Oess (Balsthal), Rolf Sommer (Olten), Hansjörg Stoll (Mümliswil), Albert Studer (Hägendorf), Leonz Walker (Bettlach), Christian Werner (Olten), Herbert Wüthrich (Gerlafingen).

gip (2): Irene Froelicher (Lommiswil), Markus Knellwolf (Obergerlafingen). **Abwesend** waren 4 Ratsmitglieder: Enzo Cessotto (FDP, Balsthal), Thomas Eberhard (SVP, Bettlach), Markus Flury (gip, Hägendorf), Fabian Müller (SP, Balsthal).

In der **Hauptabstimmung** zog eine Mehrheit von 50:44 Stimmen dem **Steuerfuss von 100 Prozent** dem bisherigen von 104 Prozent für die natürlichen Personen vor. In einer separaten Abstimmung lehnte eine Mehrheit von 53:39 Stimmen die Senkung des Steuerfusses für die juristischen Personen von 104 auf 100 Prozent ab.

Nachrichten

Pensionskasse **Der Statutenrevision zugestimmt**

Mit grossem Mehr hat der Kantonsrat als Vertreter des Arbeitgebers Staat die von der Verwaltungskommission der Kantonalen Pensionskasse Solothurn (PKSO) beschlossene Ände-

rung der PKSO-Statuten genehmigt. Die Delegiertenversammlung der PKSO (Arbeitnehmerseite) hatte der Statutenrevision bereits einstimmig zugestimmt. Die Revision bringt neben verschiedenen anderen Änderungen (darunter auch Verbesserungen) die Senkung der Umwandlungssätze in fünf Jahresschritten (ab 1. August 2012 bis 1. Januar 2016) um jeweils 0,12 Prozent oder insgesamt 0,6 Pro-

zent, was eine massive Senkung der Rentenansprüche zur Folge hat. «Die SP ist enttäuscht über die Personalverbände, die ein schlechtes Verhandlungsergebnis akzeptiert haben», kritisierte Susanne Schaffner (SP, Olten). Beat Käch (FDP, Solothurn), Präsident des Staatspersonalverbands, widersprach vehement: Der Umwandlungssatz ergebe sich aus Lebenserwartung und Rendite.

Vereidigung **Michael Ochsenbein ersetzt Urs Schläfli**

Als Nachfolger von Urs Schläfli (CVP, Deitingen), der für den in den Ständerat gewählten Pirmin Bischof in den Nationalrat nachrückte, wurde der 35-jährige Oberstufenlehrer Michael Ochsenbein vereidigt. Er ist Gemeindepräsident von Luterbach und Präsident des WWF Kanton Solothurn.